Gesellschaftsvertrag der GISE-Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung mbH	Entwurf des neuen Gesellschaftsvertrages der GISE-Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung mbH (Stand: 06.12.2010)
<p>§ 1 Firma und Sitz <u>der Gesellschaft</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Firma der Gesellschaft lautet: „GISE-Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung mit beschränkter Haftung“. 2. Sitz der Gesellschaft ist Magdeburg. <p>§ 2 Gegenstand des Unternehmens</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gegenstand des Unternehmens ist - auf der Grundlage geltender gesetzlicher Regelungen zur Arbeitsförderung - die Reintegration durch Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen, von Arbeitnehmern, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind sowie von Sozialhilfeempfängern unter besonderer Berücksichtigung der Integration von Frauen, Behinderten, Jugendlichen, älteren und schwer vermittelbaren Arbeitnehmern. Der Gegenstand soll hauptsächlich erreicht werden durch Planung, Anbahnung, Vorbereitung, Koordinierung und Durchführung von Projekten im öffentlichen Interesse als Maßnahmeträger oder Betreuer in Anwendung der gesetzlichen Regelungen <u>der Arbeitsförderung und der Sozialhilfe</u> sowie unter Nutzung weiterer gegebener Fördermöglichkeiten, insbesondere auch durch intensive Zusammenarbeit mit regionalen Wirtschaftsunternehmen und durch Kooperation mit anderen Sozialbetrieben. 2. Des Weiteren ist es Inhalt der Gesellschaft, Leistungen im Rahmen der Jugendberufshilfe zu erbringen, soweit diese mit den Zielen des Abs. 1 vereinbar sind. 3. Zur Erreichung des Unternehmensgegenstandes arbeitet die Gesellschaft mit der Arbeitsverwaltung und den Institutionen der Kommune und des Landes sowie darüber hinaus mit allen an der Arbeits- 	<p>§ 1 Firma, Sitz</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. <u>Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma „GISE-Gesellschaft für Innovation, Sanierung und Entsorgung mbH“</u> 2. Sitz der Gesellschaft ist Magdeburg. <p>§ 2 Gegenstand des Unternehmens</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gegenstand des Unternehmens ist - auf der Grundlage der gesetzlichen Regelungen <u>gemäß SGB II und SGB III</u> - die Reintegration durch Beschäftigung und Qualifizierung von Arbeitslosen, von Arbeitnehmern, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind sowie von Sozialhilfeempfängern <u>und Arbeitssuchenden</u> unter besonderer Berücksichtigung der Integration von Frauen, Behinderten, Jugendlichen, älteren und schwer vermittelbaren Arbeitnehmern. Der Gegenstand soll hauptsächlich erreicht werden durch Planung, Anbahnung, Vorbereitung, Koordinierung und Durchführung von Projekten im öffentlichen Interesse als Maßnahmeträger oder Betreuer in Anwendung der gesetzlichen Regelungen sowie unter Nutzung weiterer gegebener Fördermöglichkeiten, insbesondere auch durch intensive Zusammenarbeit mit regionalen Wirtschaftsunternehmen und durch Kooperation mit anderen Sozialbetrieben. 2. Des Weiteren ist es Inhalt der Gesellschaft, Leistungen im Rahmen der Jugendberufshilfe zu erbringen, soweit diese mit den Zielen des Abs. 1 vereinbar sind. 3. Zur Erreichung des Unternehmensgegenstandes arbeitet die Gesellschaft mit der Arbeitsverwaltung und den Institutionen der Kommune und des Landes sowie darüber hinaus mit allen an der Ar-

<p>förderung interessierten Vereinen oder Unternehmen zusammen.</p> <p>4. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte und Maßnahmen zu treffen, die dem vorstehenden Gesellschaftszweck dienlich und förderlich sind. Die Gesellschaft kann in eigener Trägerschaft insbesondere Projekte in Anwendung der gesetzlichen Regelung <u>der Arbeitsförderung und der Sozialhilfe</u> sowie auch Qualifizierungsmaßnahmen durchführen.</p> <p>§ 3 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr</p> <p>1. Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit errichtet. <u>Das Gesellschaftsverhältnis kann von jedem Gesellschafter mit einer Frist von 12 Monaten zum Kalenderjahreschluss gekündigt werden.</u></p> <p>2. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. <u>Das erste Geschäftsjahr endet mit dem auf die Eintragung der Gesellschaft im Handelsregister folgenden 31. Dezember.</u></p> <p>§ 4 Stammkapital und Stammeinlagen</p> <p>1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 EUR (in Worten: sechsundzwanzigtausend EUR).</p> <p>2. <u>Davon halten als Gesellschafter:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - <u>die Landeshauptstadt Magdeburg 18.200 EUR</u> - <u>die Kreishandwerkerschaft Magdeburg 7.800 EUR.</u> <p>§ 5 Organe der Gesellschaft</p> <p>Organe der Gesellschaft sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Geschäftsführung, 2. der Verwaltungsrat, 3. die Gesellschafterversammlung. <p>§ 6 Geschäftsführer</p>	<p>beitsförderung interessierten Vereinen oder Unternehmen zusammen.</p> <p>4. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte und Maßnahmen zu treffen, die dem vorstehenden Gesellschaftszweck dienlich und förderlich sind. Die Gesellschaft kann in eigener Trägerschaft insbesondere Projekte in Anwendung der gesetzlichen Regelungen sowie auch Qualifizierungsmaßnahmen durchführen.</p> <p>§ 3 Geschäftsjahr, Dauer</p> <p>1. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.</p> <p>2. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.</p> <p>§ 4 Bekanntmachungen</p> <p><u>Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen ausschließlich im elektronischen Bundesanzeiger für die Bundesrepublik Deutschland.</u> (vorher § 19)</p> <p>§ 5 Stammkapital</p> <p>Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 26.000 EUR (i. W.: sechsundzwanzigtausend EUR).</p> <p>§ 6 Organe der Gesellschaft</p> <p>Organe der Gesellschaft sind</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Geschäftsführung, 2. der Verwaltungsrat, 3. die Gesellschafterversammlung. <p>§ 7 Geschäftsführer, Vertretung</p> <p>1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere</p>
---	---

<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. 2. Die Geschäftsführer werden aufgrund eines Beschlusses des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg - <u>der insoweit nur für die Städtischen Vertreter verbindlich ist</u> -, durch die Gesellschafterversammlung bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt auf höchstens fünf Jahre. Spätestens ein halbes Jahr vor Ablauf der Bestellung ist eine Beschlussfassung über eine Neubestellung herbeizuführen. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, bleibt dieser über die Fünf-Jahres-Frist hinaus bis zur Neubestellung im Amt. 3. Bei Abschluss, Änderung oder Beendigung von Anstellungsverträgen mit Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrats vertreten. 	<p>Geschäftsführer. <u>Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft alleine. Sind zwei oder mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft gemeinschaftlich durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten.</u> (siehe § 7 alte Fassung)</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. Die Geschäftsführer werden durch die Gesellschafterversammlung auf der Grundlage eines Beschlusses des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg bestellt und abberufen. Die Bestellung erfolgt auf höchstens fünf Jahre. <u>Rechtzeitig</u> vor Ablauf der Bestellung ist eine Beschlussfassung über eine Neubestellung herbeizuführen. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, bleibt dieser über die Fünf-Jahres-Frist hinaus bis zur Neubestellung im Amt. 3. Bei Abschluss, Änderung oder Beendigung von Anstellungsverträgen mit Geschäftsführern wird die Gesellschaft durch den <u>Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg</u> vertreten. 4. <u>Die Gesellschafterversammlung kann einzelne Geschäftsführer zur Alleinvertretung ermächtigen und/oder sie von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien.</u> (siehe § 7 alte Fassung)
<p style="text-align: center;">§ 7 Vertretung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gesellschaft wird durch ihre(n) Geschäftsführer vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft gemeinschaftlich durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer gemeinschaftlich mit einem Prokuristen vertreten. 2. Die Gesellschafterversammlung kann einzelne Geschäftsführer zur Alleinvertretung ermächtigen und/oder sie von den Beschränkungen des § 181 BGB befreien. 	<p>nunmehr im § 7 geregelt</p> <p>siehe § 7 Nr. 1</p> <p>siehe § 7 Nr. 4</p>
<p style="text-align: center;">§ 8 Geschäftsführung</p>	<p style="text-align: center;">§ 8 Geschäftsführung</p>

1. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag sowie den Weisungen der Gesellschafterversammlung und den Beschlüssen des Verwaltungsrats zu führen.
2. Mehrere Geschäftsführer sind - unbeschadet ihrer Vertretungsmacht nach außen – nur gemeinschaftlich zur Geschäftsführung befugt. Die Geschäftsführer haben sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Zustimmung des Verwaltungsrats bedarf.
3. Die Geschäftsführungsbefugnis erstreckt sich auf alle Maßnahmen, die der gewöhnliche Geschäftsbetrieb der Gesellschaft mit sich bringt und die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks dienlich erscheinen. Die folgenden Geschäfte bedürfen der Zustimmung des Verwaltungsrats:
 - a) Durchführung von Investitionen (auch auf Leasingbasis) soweit die Anschaffungs- oder Herstellungskosten die im Wirtschaftsplan festgelegten Werte überschreiten,
 - b) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Miet-, Pacht-, Lizenz- und sonstigen Verträgen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als zwei Jahren oder einer Jahresmiete oder -pacht von mehr als EUR 25.000,00,
 - c) Bestellung und Abberufung von Prokuristen sowie der Abschluss der mit diesen zu schließenden Dienstverträgen,
 - d) Abschluss, Änderung und einvernehmliche Aufhebung von Anstellungs-, Beratungs- und ähnlichen Verträgen, sofern die Jahresbezüge EUR 50.000,00 übersteigen oder durch eine Änderung übersteigen würden

1. Die Geschäftsführer sind verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit dem Gesetz, diesem Gesellschaftsvertrag sowie den Weisungen der Gesellschafterversammlung und den Beschlüssen des Verwaltungsrates zu führen.
2. Mehrere Geschäftsführer sind - unbeschadet ihrer Vertretungsmacht nach außen – nur gemeinschaftlich zur Geschäftsführung befugt. Die Geschäftsführer haben sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Zustimmung des Verwaltungsrates bedarf.
3. Die Geschäftsführungsbefugnis erstreckt sich auf alle Maßnahmen, die der gewöhnliche Geschäftsbetrieb der Gesellschaft mit sich bringt und die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks dienlich erscheinen. Die folgenden Geschäfte bedürfen der vorherigen Zustimmung des Verwaltungsrates:
 - a) Durchführung von Investitionen (auch auf Leasingbasis) soweit die Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die im vom Verwaltungsrat bestätigten Wirtschaftsplan (einschl. Investitions- und Finanzplanung) festgelegten Werte überschreiten oder von solchen Investitionen, die im Wirtschaftsplan nicht enthalten sind und eine Wertgröße von 5.000,00 EUR überschreiten,
 - b) Abschluss, Änderung oder Beendigung von Miet-, Pacht-, oder ähnlichen Verträgen mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von mehr als zwei Jahren oder einer Jahresmiete oder -pacht von mehr als 50 Tsd. EUR brutto, sofern die Gesellschaft in diesen Verträgen die Stellung eines Mieters, Pächters o.ä. einnimmt,
 - c) Bestellung und Abberufung von Prokuristen, General- und Handlungsbevollmächtigten sowie Abschluss, Änderung oder Auflösung der mit diesen zu schließenden Dienstverträgen,
 - d) Vereinbarungen über Altersversorgungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstige Zuwendungen an Belegschaftsmitglieder, mit Ausnahme der

<p><u>oder mit einer längeren Kündigungsfrist als sechs Monaten.</u></p> <p>e) Übernahme von Bürgschaften, Abgabe von Patronatserklärungen oder Garantieverprechen, soweit diese nicht zum üblichen Geschäftsverkehr gehören sowie die Übernahme der dinglichen Haftung für fremde Verbindlichkeiten,</p> <p>f) Gewährung von Darlehen,</p> <p>g) Einleitung von Aktivprozessen mit einem Streitwert von mehr als EUR 50.000,00, Abschluss von Vergleichen oder Erlass von Forderungen, soweit dies außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs geschieht,</p> <p>h) Vereinbarungen über Altersvorsorgungen, Gewinnbeteiligungen oder sonstige Zuwendungen an Belegschaftsmitglieder, mit Ausnahme der üblichen Weihnachtsgratifikationen,</p> <p>i) Wahrnehmung der Gesellschafterrechte bei Beteiligungsgesellschaften,</p> <p>j) Vornahme von Geschäften, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind.</p> <p>Der Verwaltungsrat kann die Zustimmung für bestimmte Arten von Geschäften im voraus erteilen, weitere Geschäftsführungsmaßnahmen seiner Zustimmung vorbehalten und die Geschäftsführer von den Beschränkungen ganz oder teilweise befreien.</p>	<p><u>üblichen Gratifikationen sowie des Urlaubsgeldes.</u> (h) - alte Fassung)</p> <p>e) Übernahme von Bürgschaften, Abgabe von Patronatserklärungen oder Garantieverprechen, soweit diese nicht zum üblichen Geschäftsverkehr gehören sowie die Übernahme der dinglichen Haftung für fremde Verbindlichkeiten,</p> <p>f) <u>Aufnahme von langfristigen Krediten, sowie von solchen, durch die die im Wirtschaftsplan festgelegten Kreditlinien überschritten werden und entsprechende Empfehlung an die Gesellschafterversammlung,</u></p> <p>g) Einleitung von Aktivprozessen mit einem Streitwert von mehr als <u>25 Tsd. EUR</u>, Abschluss von Vergleichen oder Erlass von Forderungen, soweit dies außerhalb des üblichen Geschäftsverkehrs geschieht,</p> <p>h) <u>Erwerb, Belastung oder Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Errichtung von Gebäuden,</u></p> <p>i) Gewährung von Darlehen,</p> <p>j) Wahrnehmung der Gesellschafterrechte bei <u>Beteiligungsunternehmen,</u></p> <p>k) Vornahme von <u>jedlichen</u> Geschäften, die für die Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind,</p> <p>l) <u>Auswahl des Abschlussprüfers und Empfehlung an die Gesellschafterversammlung sowie Erteilung des Prüfauftrages an den von der Gesellschafterversammlung gewählten Abschlussprüfer,</u></p> <p>m) <u>Beratung des Wirtschaftsplans und Empfehlung an die Gesellschafterversammlung,</u></p> <p>n) <u>Prüfung und Beratung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes und Empfehlung an die Gesellschafterversammlung über die Feststellung des Jahresergebnisses und die Ergebnisverwendung.</u></p> <p>Der Verwaltungsrat kann die Zustimmung für bestimmte Arten von Geschäften im voraus erteilen, weitere Geschäftsführungs-</p>
--	--

§ 9 Verwaltungsrat

1. Die Gesellschaft hat einen Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat besteht aus zehn Mitgliedern. Die Verwaltungsratsmitglieder werden unter Berücksichtigung des § 119 Abs. 2 GO-LSA entsandt. Der Oberbürgermeister entsendet das erste, der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg die neun weiteren Verwaltungsratsmitglieder, von denen 5 dem Stadtrat, 1 der IHK, 1 der Kreishandwerkerschaft und 2 den Gewerkschaften angehören müssen. Die Entsendung der Stadträte erfolgt auf Vorschlag der Fraktionen des Stadtrats, die der externen Verwaltungsratsmitglieder auf Vorschlag der Fraktionen des Stadtrats oder des Oberbürgermeisters. In den Verwaltungsrat kann nur entsandt werden, wer in keinem unmittelbaren oder mittelbaren Wettbewerbsverhältnis zur Gesellschaft steht und wer kein eigenes wirtschaftliches Interesse am Geschäftszweck der Gesellschaft hat, es denn, der Stadtrat beschließt ein anderes.
2. Entsandte Verwaltungsratsmitglieder können vom Entsendenden jederzeit abberufen werden, wenn zugleich ein anderes Verwaltungsratsmitglied entsandt wird. Verwaltungsratsmitglieder sind berechtigt, durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft jederzeit – auch ohne wichtigen Grund – ihr Amt mit sofortiger Wirkung niederzulegen.
3. Der Verwaltungsrat wählt bei jeder Neu- oder Umbesetzung aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Scheiden der Vorsitzende oder sein Stellvertreter aus dem Verwaltungsrat aus, so hat der Verwaltungsrat unverzüglich eine Ersatzwahl vorzunehmen. Der Verwaltungsrat wird durch den Vorsitzenden oder im Fall seiner Verhinderung durch seinen Stellvertreter einberufen. Die Einladung hat unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen zu erfolgen; ihr ist die Tagesordnung beizufügen. Auf die Einhaltung der Einladungsfrist kann

maßnahmen seiner Zustimmung vorbehalten und die Geschäftsführer von den Beschränkungen ganz oder teilweise befreien.

§ 9 Verwaltungsrat

1. Die Gesellschaft hat einen Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat besteht aus zehn Mitgliedern. Die Verwaltungsratsmitglieder werden unter Berücksichtigung des § 119 Abs. 2 GO-LSA entsandt. Der Oberbürgermeister entsendet das erste, der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg fünf weitere Verwaltungsratsmitglieder. Die Entsendung der Stadträte erfolgt auf Vorschlag der Fraktionen des Stadtrates. Weitere zwei Verwaltungsratsmitglieder müssen den Gewerkschaften sowie jeweils ein Mitglied der IHK und der Kreishandwerkerschaft angehören, diese werden durch die Gesellschafterversammlung bestellt. In den Verwaltungsrat kann nur entsandt werden, wer in keinem unmittelbaren oder mittelbaren Wettbewerbsverhältnis zur Gesellschaft steht und wer kein eigenes wirtschaftliches Interesse am Geschäftszweck der Gesellschaft hat, es sei denn, der Stadtrat beschließt ein anderes. Der Verwaltungsrat gibt sich eine Geschäftsordnung.
2. Entsandte Verwaltungsratsmitglieder können von dem Entsendenden jederzeit abberufen werden, wenn zugleich ein anderes Verwaltungsratsmitglied entsandt wird. Verwaltungsratsmitglieder sind berechtigt, durch schriftliche Erklärung gegenüber der Gesellschaft jederzeit - auch ohne wichtigen Grund - ihr Amt mit sofortiger Wirkung niederzulegen.
3. Der Verwaltungsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Scheiden der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter aus welchen Gründen auch immer aus dem Verwaltungsrat aus, ist unverzüglich, jedoch spätestens in der nächsten Sitzung eine Ersatzwahl für den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter durchzuführen.
4. Der Verwaltungsrat wird durch den Vorsitzenden oder im Fall seiner Verhinderung durch seinen Stellvertreter einberufen. Die Einberufung erfolgt schriftlich an

verzichtet werden, wenn die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder dem zustimmt. Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Ist der Verwaltungsrat danach beschlussunfähig, so hat binnen zwei Wochen eine weitere Sitzung des Verwaltungsrats stattzufinden, die ohne weiteres beschlussfähig ist. In der Einladung zu dieser Sitzung ist darauf hinzuweisen, dass der Verwaltungsrat in jedem Fall beschlussfähig sein wird. Der Verwaltungsrat fasst seine Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse können auch außerhalb von Verwaltungsratssitzungen durch schriftliche oder telekommunikative Abstimmung gefasst werden, wenn alle Verwaltungsratsmitglieder mit diesem Verfahren einverstanden sind. Diese Abstimmungen werden durch den Verwaltungsratsvorsitzenden oder seinem Stellvertreter herbeigeführt. Das Abstimmungsergebnis ist der Geschäftsführung und den Verwaltungsratsmitgliedern innerhalb von zwei Wochen vom Verwaltungsratsvorsitzenden oder seinem Stellvertreter mitzuteilen. Der Verwaltungsrat soll mindestens vier Mal pro Jahr tagen. Über seine Sitzungen sind Niederschriften anzufertigen, die von dem jeweiligen Sitzungsleiter zu unterzeichnen sind.

jedes Verwaltungsratsmitglied unter Angabe von Ort, Tag und Zeit mit einer Frist von zwei Wochen. Der Einladung sind die Tagesordnung, die Beschlussvorschläge und die relevanten Unterlagen beizufügen. Tischvorlagen sind nur in begründeten Ausnahmen möglich. Auf die Einhaltung der Ladungsfrist kann verzichtet werden, wenn alle Verwaltungsratsmitglieder dem zustimmen. Jedes Verwaltungsratsmitglied und jeder Geschäftsführer kann unter Angabe der Beschlussgegenstände die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrates verlangen, hierbei ist eine Ladungsfrist von mindestens einer Woche einzuhalten.

5. Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder an der Beschlussfassung teilnehmen. Ist der Verwaltungsrat danach beschlussunfähig, so hat binnen zwei Wochen eine weitere Sitzung des Verwaltungsrates stattzufinden, die ohne weiteres beschlussfähig ist. In der Einladung zu dieser Sitzung ist darauf hinzuweisen, dass der Verwaltungsrat in jedem Fall beschlussfähig sein wird.
6. Verwaltungsratsbeschlüsse bedürfen der einfachen Mehrheit, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Verwaltungsratsvorsitzenden, bei dessen Verhinderung die des stv. Verwaltungsratsvorsitzenden. Abwesende Verwaltungsratsmitglieder können dadurch an der Beschlussfassung teilnehmen, dass sie schriftliche Stimmabgaben durch andere Verwaltungsratsmitglieder überreichen lassen. Verwaltungsratsbeschlüsse können auch – soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorsieht – schriftlich oder fernschriftlich gefasst werden, wenn alle Verwaltungsratsmitglieder mit diesem Verfahren einverstanden sind. Diese Abstimmungen werden vom Verwaltungsratsvorsitzenden oder seinem Stellvertreter herbeigeführt. Das Abstimmungsergebnis ist der Geschäftsführung, allen Verwaltungsratsmitgliedern und der Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von zwei Wochen vom Verwaltungsratsvorsitzenden oder im Verhinderungs-

- 4. Der Verwaltungsrat überwacht und berät die Geschäftsführung. Er ist zuständig für alle Maßnahmen und Beschlüsse, die nach Maßgabe dieses Vertrages in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, also insbesondere die Maßnahmen nach § 8 Abs. 3 dieses Vertrages.
- 5. Die Geschäftsführer sind berechtigt, auf Verlangen des Verwaltungsrats auch verpflichtet, an den Verwaltungsratssitzungen teilzunehmen.

- 7. Der Verwaltungsrat überwacht und berät die Geschäftsführung. Er ist zuständig für alle Maßnahmen und Beschlüsse, die nach Maßgabe dieses Vertrages in seinen Zuständigkeitsbereich fallen, also insbesondere die Maßnahmen nach § 8 Abs. 3 dieses Vertrages.
- 8. Die Geschäftsführung hat grundsätzlich, soweit nicht die Mehrheit der Verwaltungsratsmitglieder dem ausdrücklich widerspricht, an den Verwaltungsratssitzungen teilzunehmen. Jedes Verwaltungsratsmitglied kann den Ausschluss der Geschäftsführung von der Teilnahme an einzelnen Tagesordnungspunkten, insbesondere bei Personalangelegenheiten, verlangen. Die Teilnahme sonstiger Dritter kann nur mit Einverständnis aller Verwaltungsratsmitglieder erfolgen.
- 9. Der Verwaltungsrat sollte mindestens vier Mal pro Jahr tagen. Über die Sitzungen sind Niederschriften anzufertigen, die vom Protokollanten und dem Verwaltungsratsvorsitzenden oder dem Sitzungsleiter zu unterzeichnen und jedem Verwaltungsratsmitglied sowie der Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von vier Wochen nach Sitzung zu übersenden sind.
- 10. Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzulegen ist.

§ 10 Gesellschafterversammlung

- 1. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, bis zu fünf Mitglieder in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Die Gesellschafterin Landeshauptstadt Magdeburg wird gemäß § 119 Abs. 1 GO-LSA in der Gesellschafterversammlung durch den Oberbürgermeister oder einen von ihm Bevollmächtigten vertreten. Der Stadtrat kann bis zu vier weitere Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsenden. Bevollmächtigungen von Vertretern bedürfen der Schriftform.

§ 10 Gesellschafterversammlung

- 1. Der Oberbürgermeister vertritt die Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 119 Abs. 1 GO LSA in der Gesellschafterversammlung, er kann einen Beamten oder Arbeitnehmer der Landeshauptstadt Magdeburg mit seiner Vertretung beauftragen. Der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg entsendet vier Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Bevollmächtigungen von Vertretern bedürfen der Schriftform. Die Mitgliedschaft gemeindlicher Vertreter in der Gesell-

<p>2. Die Sitzungen der Gesellschafterversammlung werden durch die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem Verwaltungsratsvorsitzenden mindestens einmal im Jahr zur Feststellung des <u>dann vorliegenden</u> Jahresabschlusses der Gesellschaft und zur Beschlussfassung über die Gewinnverwendung einberufen. Die Einberufung erfolgt schriftlich an jeden Gesellschaftervertreter unter Angabe von Ort, Tag und Zeit mit einer Frist von <u>mindestens vier Wochen</u>. Der Einberufung ist die Tagesordnung beizufügen. Im Übrigen ist eine Sitzung der Gesellschafterversammlung stets dann einzuberufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist. <u>Vor der Einberufung der Gesellschafterversammlung ist der Landeshauptstadt Magdeburg die Tagesordnung mit aussagefähigen Unterlagen so rechtzeitig zuzuleiten, dass der Stadtrat oder der Oberbürgermeister von ihrem Weisungsrecht gegenüber den Vertretern der Landeshauptstadt Magdeburg Gebrauch machen können.</u></p> <p>3. Eine ordnungsgemäß einberufene Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn alle Gesellschafter vertreten sind. Ist die Gesellschafterversammlung danach nicht beschlussfähig, so ist eine neue Versammlung unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist in jedem Falle beschlussfähig, auch wenn die vorstehend genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Sind sämtliche Gesellschaftervertreter anwesend und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind.</p> <p>4. Die Gesellschaftervertreter wählen aus ihrer Mitte einen Versammlungsleiter. Soweit über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung nicht eine notarielle Urkunde aufgenommen wird, ist</p>	<p><u>schafterversammlung endet mit ihrem Ausscheiden aus dem Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg.</u></p> <p>2. Die Sitzungen der Gesellschafterversammlung werden durch die Geschäftsführung in Abstimmung mit dem <u>Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung</u> und dem Verwaltungsratsvorsitzenden mindestens einmal im Jahr zur Feststellung des Jahresabschlusses <u>und Herbeiführung des Ergebnisverwendungsbeschlusses der Gesellschaft, zur Entlastung der Geschäftsführung und des Verwaltungsrates und der Bestellung des Jahresabschlussprüfers für das Folgejahr einberufen. Die v.g. Beschlussfassungen sollen jeweils bis zum 30. September erfolgen.</u> Im Übrigen ist eine Sitzung der Gesellschafterversammlung stets dann einzuberufen, wenn dies im Interesse der Gesellschaft erforderlich ist.</p> <p>3. Die Einberufung erfolgt schriftlich an jeden Gesellschaftervertreter unter Angabe von Ort, Tag und Zeit mit einer Frist von vier Wochen. <u>Der Einladung sind die Tagesordnung, die Beschlussvorschläge und die relevanten Beratungsunterlagen</u> beizufügen.</p> <p>4. Eine ordnungsgemäß einberufene Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn <u>mindestens zwei Drittel der Gesellschaftervertreter anwesend</u> und alle Gesellschafter vertreten sind. Ist die Gesellschafterversammlung nicht beschlussfähig, ist <u>wiederholt eine Gesellschafterversammlung</u> unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen <u>mit gleicher Tagesordnung</u> einzuberufen. Diese Gesellschafterversammlung ist in jedem Falle beschlussfähig, auch wenn die vorstehend genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Sind sämtliche Gesellschaftervertreter anwesend und mit der Beschlussfassung einverstanden, so können Beschlüsse auch gefasst werden, wenn die für die Einberufung und Ankündigung geltenden gesetzlichen oder gesellschaftsvertraglichen Vorschriften nicht eingehalten worden sind.</p> <p>5. Jedes Organ der Gesellschaft kann unter Angabe der Beschlussgegenstände die</p>
---	---

über den Verlauf der Versammlung eine Niederschrift anzufertigen, die von den anwesenden Gesellschaftervertretern zu unterzeichnen und jedem Gesellschaftervertreter abschriftlich zu übersenden ist.

5. Jedes Organ der Gesellschaft kann unter Angabe der Beschlussgegenstände die Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Gesellschafterversammlung verlangen.

§ 11 Gesellschafterbeschlüsse

1. Die Beschlüsse der Gesellschaftervertreter werden in Versammlungen gefasst. Je 100 EUR des Stammkapitals gewähren eine Stimme. Bei der Ausübung des Stimmrechts können die jeweiligen Vertreter eines Gesellschafters nur einstimmig handeln. Die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg unterliegen darüber hinaus den Weisungen des Oberbürgermeisters und des Stadtrats. Außerhalb von Versammlungen können Beschlüsse – soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorsieht – auch durch schriftliche, fernschriftliche, telegrafische Abstimmung gefasst werden, sofern sich jeder Gesellschaftervertreter an der Abstimmung beteiligt. Über das Ergebnis jedes so gefassten Beschlusses sind die Gesellschaftervertreter

Einberufung einer außerordentlichen Sitzung der Gesellschafterversammlung verlangen, hierbei ist eine Einladungsfrist von mindestens einer Woche einzuhalten.

6. Die Geschäftsführung und der Verwaltungsratsvorsitzende sollten grundsätzlich, soweit kein Gesellschaftervertreter im Einzelfall dem ausdrücklich widerspricht, an den Sitzungen der Gesellschafterversammlung teilnehmen. Die Teilnahme von sonstigen Mitgliedern des Verwaltungsrates sowie sonstiger Dritter kann nur mit Einverständnis aller anwesenden Gesellschaftervertreter erfolgen.

7. Soweit über die Verhandlungen der Gesellschafterversammlung nicht eine notarielle Urkunde aufgenommen wird, ist über den Verlauf der Versammlung eine Niederschrift anzufertigen, die vom Protokollanten und dem Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung zu unterzeichnen und jedem Gesellschaftervertreter sowie der Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Versammlung zu übersenden ist.

8. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg oder sein bevollmächtigter Vertreter führt den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung.

§ 11 Gesellschafterbeschlüsse

1. Die Beschlüsse der Gesellschaftervertreter werden in Versammlungen gefasst. Je 100 EUR Stammeinlage gewähren eine Stimme. Ein Gesellschafter kann seine Stimmrechte nur einheitlich ausüben. Bei der Ausübung des Stimmrechts unterliegen die Gesellschaftervertreter der Landeshauptstadt Magdeburg den Weisungen des Stadtrates. Vor Beschlussfassung ist durch die städtischen Vertreter zu prüfen, ob der konkret zu fassende Beschluss dem Weisungsrecht des Stadtrates unterliegt. Gesellschafterbeschlüsse bedürfen der einfachen Mehrheit, es sei denn, das Gesetz oder der Gesellschaftsvertrag sehen, insbesondere bei Beteiligungsunternehmen, im Einzelfall eine größere Mehrheit vor.

<p>unverzöglich schriftlich zu unterrichten.</p>	<p>Gesellschafterbeschlüsse können auch - soweit nicht zwingendes Recht eine andere Form vorsieht - schriftlich und fernschriftlich gefasst werden, sofern sich jeder Gesellschaftervertreter an der <u>Beschlussfassung</u> beteiligt. <u>Über derartige Beschlüsse ist ein Protokoll zu fertigen, das vom Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung zu unterzeichnen und an jeden Gesellschaftervertreter und die Beteiligungsverwaltung innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Beschlussfassung zu übersenden ist.</u></p> <p>2. <u>Beschlüsse der Gesellschafterversammlung können von den Gesellschaftern nur innerhalb einer Frist von einem Monat seit der Beschlussfassung angefochten werden.</u></p> <p><u>Die Anfechtungsfrist beginnt</u></p> <p>a) <u>bei Beschlüssen in einer Gesellschafterversammlung mit dem der Versammlung folgenden Tag,</u></p> <p>b) <u>bei schriftlichen und fernschriftlichen Beschlüssen mit Ablauf des dritten Tages, der der Absendung des vom Vorsitzführenden der Gesellschafterversammlung unterzeichneten Protokolls folgt.</u></p> <p><u>Die Anfechtungsfrist ist nur gewahrt, wenn innerhalb der Frist das zuständige Gericht angerufen wird.</u></p>
<p>2. Neben den in § 46 GmbHG aufgezählten Beschlusszuständigkeiten hat die Gesellschafterversammlung zu beschließen über die</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Veräußerung des Unternehmens oder von wesentlichen Teilen sowie Aufnahme neuer bzw. Aufgabe bestehender Geschäftszweige, b) Erwerb und Veräußerung von sowie Verfügungen über Beteiligungen an anderen Unternehmen; ferner Abschluss, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen, c) Errichtung oder Aufgabe von Zweigniederlassungen, d) Erwerb, Belastung und Veräußerung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Errichtung von Gebäuden, e) Aufnahme von langfristigen Krediten, 	<p>3. Neben den in § 46 GmbHG aufgezählten Beschlusszuständigkeiten hat die Gesellschafterversammlung zu beschließen über</p> <ul style="list-style-type: none"> a) <u>Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzungen,</u> b) Veräußerung des Unternehmens oder von wesentlichen Teilen sowie Aufnahme neuer bzw. Aufgabe bestehender Geschäftszweige, c) Erwerb und Veräußerung sowie Verfügungen über Beteiligungen an anderen Unternehmen, ferner Abschluss, Änderung und Aufhebung von Unternehmensverträgen, d) Errichtung oder Aufgabe von Zweigniederlassungen, e) Erwerb, Belastung oder Veräußerung von Grundstücken oder grundstücks-

sowie von solchen, durch die die im Wirtschaftsplan festgelegten Kreditlinien überschritten werden, § 120 GO-LSA bleibt unberührt.

- f) Verträge der Gesellschaft mit Gesellschaftervertretern, Verwaltungsratsmitgliedern und Geschäftsführern oder ihnen nahestehenden Personen,
- g) Wahl des Abschlussprüfers in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat,
- h) Entlastung der Geschäftsführer und der Mitglieder des Verwaltungsrats,
- i) Genehmigung des Wirtschaftsplans in Abstimmung mit dem Verwaltungsrat.

§ 12 Jahresabschluss

1. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang) sowie den Lagebericht für das abgelaufene Geschäftsjahr in den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres aufzustellen. Für die Aufstellung gelten die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften gemäß § 267 HGB unabhängig von der tatsächlichen Größenklasse des Unternehmens.
2. Der Jahresabschluss und der Lagebericht

gleichen Rechten sowie die Errichtung von Gebäuden, wenn dies von wesentlicher Bedeutung für die Gesellschaft ist oder die Interessen der Landeshauptstadt Magdeburg berührt; auf entsprechende Beschlussempfehlung des Verwaltungsrates.

- f) Aufnahme von langfristigen Krediten, sowie von solchen, durch die die im genehmigten Wirtschaftsplan festgelegten Kreditlinien überschritten werden,
- g) Einforderung von Einzahlungen auf die Stammeinlage.
- h) Teilung und Einziehung von Geschäftsanteilen.
- i) Geltendmachung von Ersatzansprüchen gegen die Geschäftsführung oder andere Gesellschafter.
- j) Bestellung und Abberufung von Geschäftsführern.
- k) Verträge der Gesellschaft mit Gesellschaftervertretern, Verwaltungsratsmitgliedern und Geschäftsführern oder ihnen nahestehenden Personen,
- l) Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses.
- m) Entlastung der Geschäftsführung und der Mitglieder des Verwaltungsrates,
- n) Bestellung des Abschlussprüfers auf Beschlussempfehlung des Verwaltungsrates,
- o) Genehmigung des Wirtschaftsplanes nach vorheriger Beratung und Beschlussempfehlung durch den Verwaltungsrat.

§ 12 Jahresabschluss

1. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) und den Lagebericht für das abgelaufene Geschäftsjahr in den ersten drei Monaten des Folgejahres aufzustellen. Für die Aufstellung gelten, unabhängig von der tatsächlichen Größenklasse, die Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften.
2. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind unverzüglich nach Aufstellung dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen.

<p>sind unverzüglich nach Aufstellung dem Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen. Die Prüfung ist entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den Grundsätzen des § 53 Abs. 1 und 2 HGrG durchzuführen.</p> <p>3. Die Geschäftsführung hat dem Verwaltungsrat den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfungsbericht des Abschlussprüfers unverzüglich zur Prüfung vorzulegen. Über das Ergebnis der Prüfung berichtet der Verwaltungsrat schriftlich an die Gesellschafterversammlung.</p> <p>4. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss nebst Lagebericht sowie den Prüfungsbericht des Abschlussprüfers darüber hinaus unverzüglich dem Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg vorzulegen.</p> <p>5. Unbeschadet der Regelung des § 325 HGB sind die Feststellung des Jahresabschlusses, die Verwendung des Ergebnisses sowie das Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses ortsüblich bekannt zu machen. Gleichzeitig sind der Jahresabschluss und der Lagebericht auszulegen. In der Bekanntmachung ist auf die Auslegung hinzuweisen.</p>	<p>Die Prüfung ist entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen <u>Bestimmungen</u> durchzuführen <u>und um die Prüfung der Vorschriften</u> des § 53 Abs. 1 und 2 HGrG <u>zu erweitern</u>. <u>Der Prüfbericht des Abschlussprüfers hat einen separaten Erläuterungsteil zu beinhalten</u>.</p> <p>3. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss und den Lagebericht zusammen mit dem Prüfbericht des Abschlussprüfers unverzüglich <u>nach Vorlage des Prüfberichtes</u> dem Verwaltungsrat vorzulegen. <u>Der Abschlussprüfer nimmt an den Beratungen des Verwaltungsrates zum Jahresabschluss teil und berichtet über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung. Die Beschlussempfehlung des Verwaltungsrates zum Jahresabschluss und zum Lagebericht und der Bericht des Verwaltungsrates an die Gesellschafter sollte zum 30. Juni des Folgejahres erfolgen</u>.</p> <p>4. <u>Die Geschäftsführung hat den Prüfbericht des Abschlussprüfers unmittelbar nach Erhalt der Beteiligungsverwaltung unaufgefordert in 3-facher Ausfertigung zur Verfügung zu stellen</u>.</p> <p>5. <u>Der Beschluss der Gesellschafterversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses ist zusammen mit dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie der beschlossenen Verwendung des Jahresergebnisses unbeschadet der bestehenden gesetzlichen Offenlegungspflichten der Gesellschaft durch die Verwaltung auf der Grundlage des § 121 Abs. 1 GO LSA ortsüblich bekannt zu machen</u>.</p>
<p style="text-align: center;">§ 13 Recht auf Einsichtnahme</p> <p>1. Der Landeshauptstadt Magdeburg stehen die Befugnisse aus § 53 HGrG zu.</p> <p>2. Das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg hat die Befugnisse aus § 54 HGrG.</p>	<p style="text-align: center;">§ 13 Recht auf Einsichtnahme</p> <p>1. Die Landeshauptstadt Magdeburg „<u>sowie die weiteren Mitgesellschafter</u>“ <u>sind/ist befugt, durch Beauftragte Einsicht in den Betrieb sowie in die Bücher und Schriften der Gesellschaft zu nehmen</u>; ferner stehen ihr die Befugnisse nach § 53 HGrG zu.</p> <p>2. Das Rechnungsprüfungsamt der Landeshauptstadt Magdeburg hat die Befugnisse aus § 54 HGrG.</p> <p>3. Die vorstehend genannten Befugnisse bestehen unabhängig von der Höhe der</p>

3. Die vorstehend genannten Befugnisse bestehen unabhängig von der Höhe der Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg an der Gesellschaft.

§ 14 Wirtschaftsplan

Rechtzeitig vor Beginn eines Geschäftsjahres hat die Geschäftsführung einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Der Wirtschaftsplan besteht aus einem Erfolgs-, einem Vermögens- und einem Finanzplan sowie einer Stellenübersicht. Er bedarf der Zustimmung des Verwaltungsrats. Dem Wirtschaftsplan ist eine fünfjährige Wirtschaftsplanung zugrunde zu legen. Der Wirtschaftsplan und der Fünfjahresplan sind der Gesellschafterversammlung zur Genehmigung vorzulegen.

§ 15 Verfügung über Geschäftsanteile

Verfügungen jeglicher Art über Geschäftsanteile und Teile von solchen, insbesondere deren Abtretung oder Verpfändung, bedürfen eines zustimmenden Gesellschafterbeschlusses, der mit drei Vierteln der abgegebenen Stimmen zu fassen ist. § 17 Absatz 1 GmbHG bleibt unberührt.

§ 16 Erwerbsrechte

1. Beabsichtigt ein Gesellschafter die Abtretung seines Geschäftsanteils oder eines Teils seines Geschäftsanteils, so sind die übrigen Gesellschafter zum Erwerb berechtigt.
2. Das Erwerbsrecht steht den Erwerbsberechtigten in dem Verhältnis zu, in welchem die Nennbeträge der von ihnen gehaltenen Geschäftsanteile zueinander stehen. Soweit ein Erwerbsberechtigter von seinem Erwerbsrecht nicht oder nicht fristgerecht Gebrauch macht, steht dieses

Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg an der Gesellschaft.

§ 14 Wirtschaftsplan

1. Die Geschäftsführung hat rechtzeitig vor Beginn eines Geschäftsjahres einen Wirtschaftsplan für das nachfolgende Jahr aufzustellen. Der Wirtschaftsplan besteht aus einem Erfolgs-, einem Investitions- und einem Finanzplan sowie einer Stellenübersicht. Dem Wirtschaftsplan ist eine vierjährige Wirtschaftsplanung (mittelfristige Planung) zugrunde zu legen. Der Wirtschaftsplan und die mittelfristige Planung sind dem Verwaltungsrat unverzüglich zur Prüfung vorzulegen.
2. Die Gesellschafterversammlung hat den Wirtschaftsplan und die mittelfristige Planung rechtzeitig vor Beginn des Wirtschaftsjahres zu genehmigen.

§ 15 Verfügung über Geschäftsanteile

1. Veräußerung, Abtretung und Belastung von Geschäftsanteilen oder Teilen davon bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung der Gesellschafterversammlung.
2. Gleichzeitig sind damit verbunden die entsprechenden kommunalrechtlichen Bestimmungen und Regularien gemäß §§ 116 – 124 GO LSA zu beachten.

entfällt

<p>den übrigen Erwerbsberechtigten in dem Verhältnis zu, in welchem die Nennbeträge der von Ihnen gehaltenen Geschäftsanteile zueinander stehen.</p> <p>3. Der Gesellschafter, der seinen Geschäftsanteil ganz oder teilweise abtreten möchte, hat dies sämtlichen Erwerbsberechtigten unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Das Erwerbsrecht kann nur bis zum Ablauf von einem Monat seit Empfang dieser Mitteilung und nur durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Gesellschafter ausgeübt werden, der seinen Geschäftsanteil ganz oder teilweise abtreten möchte.</p> <p>4. Jeder Erwerbsberechtigte kann sein Erwerbsrecht hinsichtlich des ihm zustehenden Teils des zur Abtretung anstehenden Geschäftsanteils geltend machen. Nicht teilbare Spitzenbeträge eines Geschäftsanteils stehen demjenigen Erwerbsberechtigten zu, der sein Erwerbsrecht als erster ausgeübt hat.</p> <p>5. Erwerbsberechtigte, die ihr Erwerbsrecht rechtzeitig ausgeübt haben, sind zur Zahlung eines Entgelts verpflichtet, das dem Wert des auf sie entfallenden Teils des zur Abtretung anstehenden Geschäftsanteils entspricht. Das Entgelt ist zahlbar Zug um Zug gegen Abtretung des auf den jeweiligen Erwerbsberechtigten entfallenden Geschäftsanteils.</p>	
<p>§ 17 Einziehung von Geschäftsanteilen</p> <p>1. Die Einziehung von Geschäftsanteilen ist mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters zulässig.</p> <p>2. Die Einziehung des Geschäftsanteils ist ohne dessen Zustimmung zulässig, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Geschäftsanteil von einem Gläubiger des Gesellschafters gepfändet oder sonst in diesen vollstreckt wird und die Vollstreckungsmaßnahme nicht innerhalb von sechs Wochen, spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils, aufgehoben wird; - über das Vermögen des Gesellschafters das Konkurs- oder Vergleichsverfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels 	<p>entfällt</p>

<p>Masse abgelehnt wird oder der Gesellschafter die Richtigkeit seines Vermögensverzeichnisses an Eides statt zu versichern hat;</p> <ul style="list-style-type: none">- in der Person des Gesellschafters ein seine Ausschließung rechtfertigender Grund vorliegt;- der Gesellschafter Auflösungsklage erhebt oder seinen Austritt aus der Gesellschaft erklärt. <p>3. Steht ein Geschäftsanteil mehreren Mitberechtigten ungeteilt zu, so ist die Einziehung gemäß Absatz 2 auch dann zulässig, wenn deren Voraussetzungen nur in der Person eines Mitberechtigten vorliegen.</p> <p>4. Die Einziehung wird durch die Geschäftsführung erklärt. Sie bedarf eines Gesellschafterbeschlusses, der mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen zu fassen ist. Dem betroffenen Gesellschafter steht ein Stimmrecht nicht zu.</p> <p>5. Anstelle der Einziehung kann durch Gesellschafterbeschluss, der mit einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen zu fassen ist, die Übertragung des Geschäftsanteils auf die Gesellschaft oder auf einen in dem Beschluss bezeichneten Dritten angeordnet werden. Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.</p> <p>6. Die Einziehung erfolgt gegen Vergütung, die dem Nennwert des eingezogenen Geschäftsanteils entspricht. Die Vergütung ist einen Monat nach Erklärung der Einziehung gemäß vorstehendem Absatz 4 zur Zahlung fällig.</p> <p>7. Soweit die Gesellschaft statt der Einziehung des Geschäftsanteils dessen Abtretung an sich oder eine von der Gesellschaft bezeichnete Person verlangt, gilt vorstehender Absatz 6 entsprechend der Maßgabe, dass die Vergütung für den abtretenden Geschäftsanteil von dem Erwerber des Geschäftsanteils geschuldet wird und die Gesellschaft für deren Zahlung wie ein Bürge haftet, der auf die Einrede der Vorausklage verzichtet hat.</p> <p>8. § 30 Absatz 1 GmbHG bleibt in jedem Fall unberührt.</p>	
--	--

§ 18 Auflösung der Gesellschaft

1. Bei Auflösung oder Aufhebung der Gesellschaft oder bei Wegfall des bisherigen Zwecks ist die Gesellschaft zu liquidieren. Über die Durchführung der Liquidation beschließen die Gesellschafter.
2. Das nach Beendigung der Liquidation verbleibende Gesellschaftsvermögen fällt an die Gesellschafter, welche dasselbe für gemeinnützige Zwecke zu verwenden haben.

§ 19 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 20 Salvatorische Klausel

Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein sollten oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle einer unwirksamen Bestimmung ist diejenige wirksame Bestimmung zu vereinbaren, welche dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung möglichst nahe kommt. Im Falle von Lücken ist diejenige Bestimmung zu vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vereinbart worden wäre, hätten die Parteien die Angelegenheit von vornherein bedacht.

§ 21 Gerichtsstand

Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus oder im Zusammenhang mit diesem Gesellschaftsvertrag ist der Sitz der Gesellschaft.

§ 16 Auflösung der Gesellschaft

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch den oder die Geschäftsführer, sofern nicht durch Gesellschafterbeschluss andere Liquidatoren bestellt werden.

nunmehr im § 4 geregelt

§ 17 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein, wird dadurch die Wirksamkeit des Vertrages insgesamt nicht berührt. Vielmehr ist statt der unwirksamen Bestimmung eine wirksame Bestimmung zu vereinbaren, die den mit der unwirksamen Bestimmung bezweckten Erfolg ebenfalls herbeizuführen geeignet ist. Gleiches gilt für den Fall, dass sich eine Regelungslücke herausstellt.

entfällt